



Trends der deutschen Außenpolitik

Erste außenpolitische Elitestudie
- Kurzversion -

diimap gruppe

 DGAP Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Vorbemerkung

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAP, und die dimap-Gruppe haben als Gemeinschaftsprojekt eine Expertenbefragung zu den „Trends der deutschen Außenpolitik“ durchgeführt.

Dazu wurden 1.300 außenpolitische Experten gebeten, ihre Einschätzung zu außenpolitischen Fragestellungen abzugeben. 240 Experten sind dieser Einladung gefolgt und haben zwischen dem 18. Dezember und dem 28. Januar den Fragebogen schriftlich - oder wahlweise online - beantwortet.

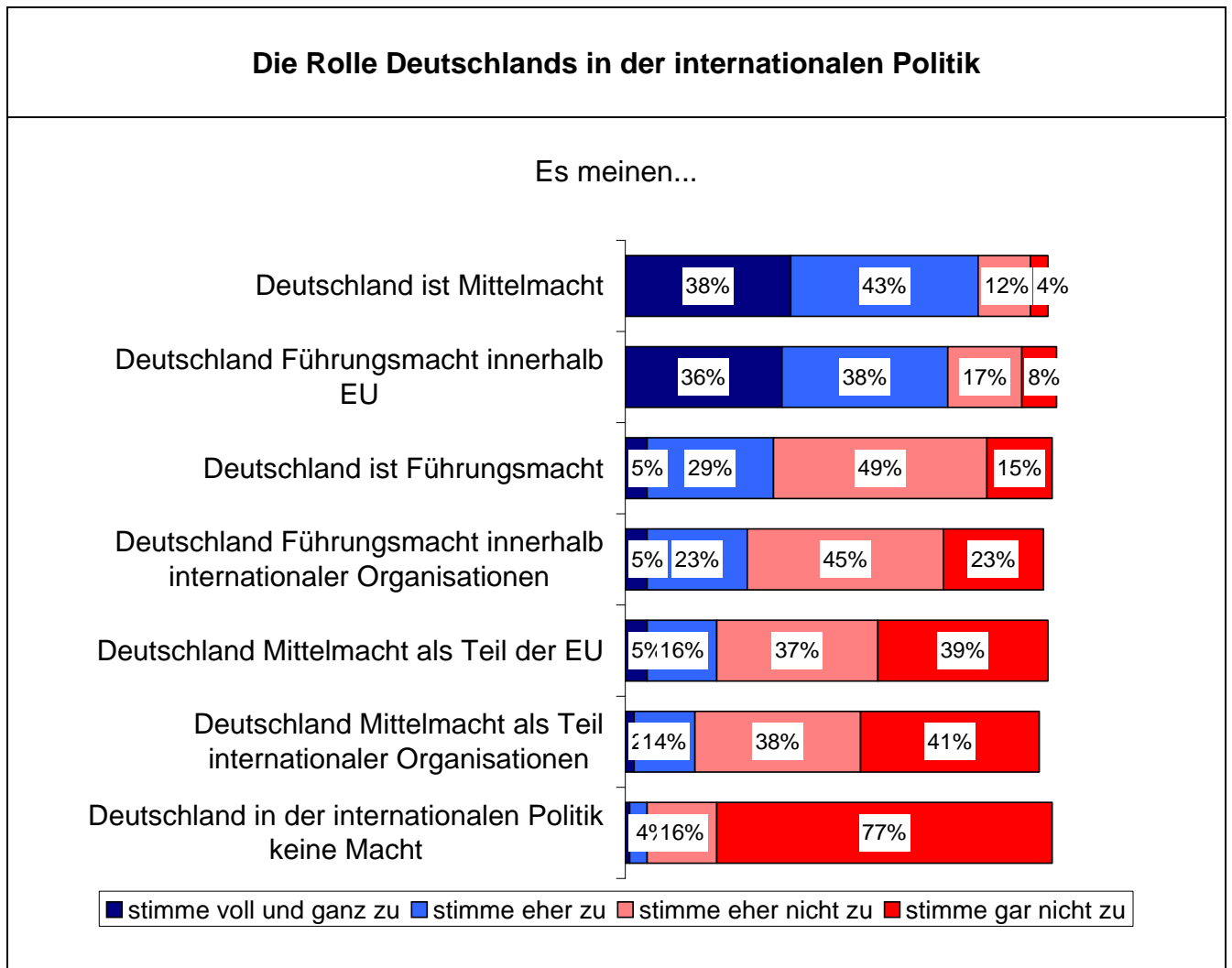
Im vorliegenden Bericht finden Sie eine aus diesen Angaben erstellte grafisch aufbereitete und kommentierte Auswahl der Ergebnisse.

Inhaltsverzeichnis

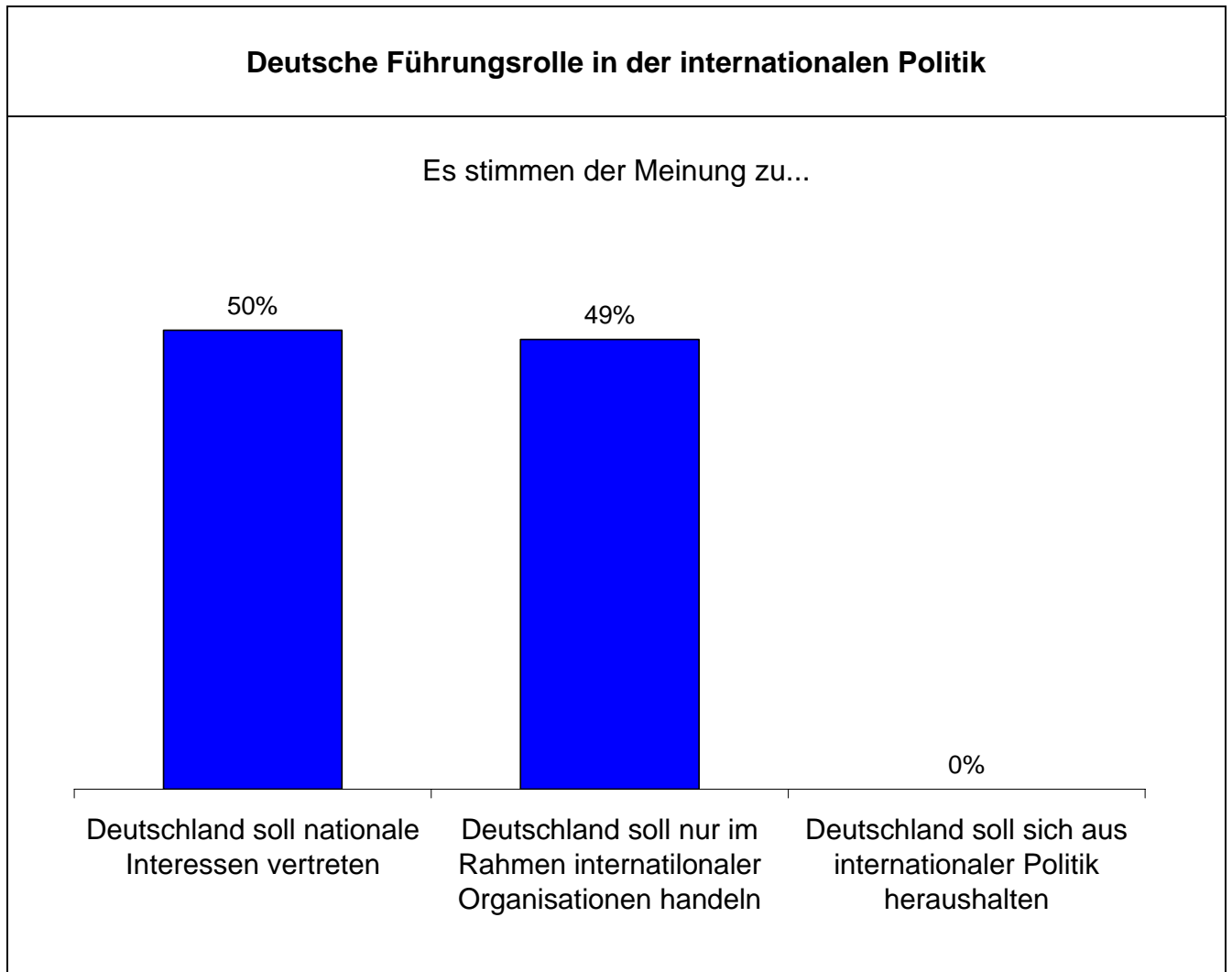
1. Die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik	4
2. Wichtigkeit außenpolitischer Themen.....	8
3. Künftige transatlantische Partnerschaft	10
4. Die globale Rolle von Russland und seiner Außenpolitik	12
5. Iran	18
6. Afghanistan.....	20

1. Die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik

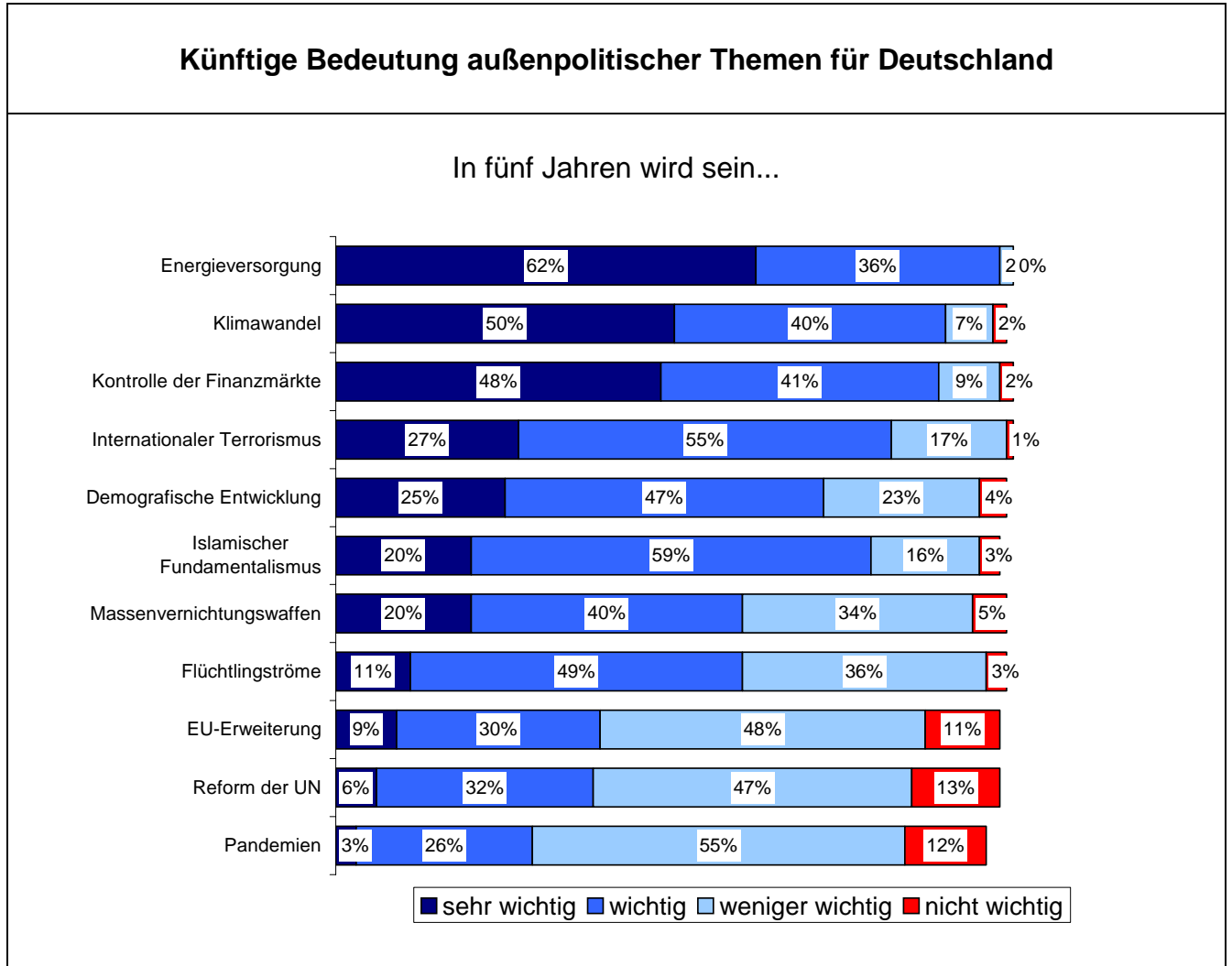
Deutschland als Führungsmacht auf der weltpolitischen Bühne hält rund ein Drittel der Befragten für eine zutreffende Beschreibung. Auf der anderen Seite glaubt kaum jemand, die Bundesrepublik spiele international nur eine sehr untergeordnete Rolle. Für die allermeisten Experten stellt Deutschland eine Mittelmacht dar, die allerdings innerhalb der Europäischen Union eine führende Rolle einnimmt.



Sehr kontrovers wird die Frage beantwortet, wie Deutschland in der internationalen Politik agieren soll. Auf der einen Seite hält die Hälfte der Befragten eine selbstbewußte Vertretung nationaler Interessen für angebracht, auch wenn dadurch Konflikte mit traditionell verbündeten Staaten entstehen können. In gleichem Maße wird andererseits die Ansicht vertreten, die Bundesrepublik soll sich auf Grund ihrer Geschichte zurückhalten und keine Ansprüche als Führungsmacht stellen, sondern nur im Rahmen internationaler Organisationen handeln. Die Position, Deutschland solle sich gänzlich aus der internationalen Politik heraus halten, wird von keinem der Experten vertreten.

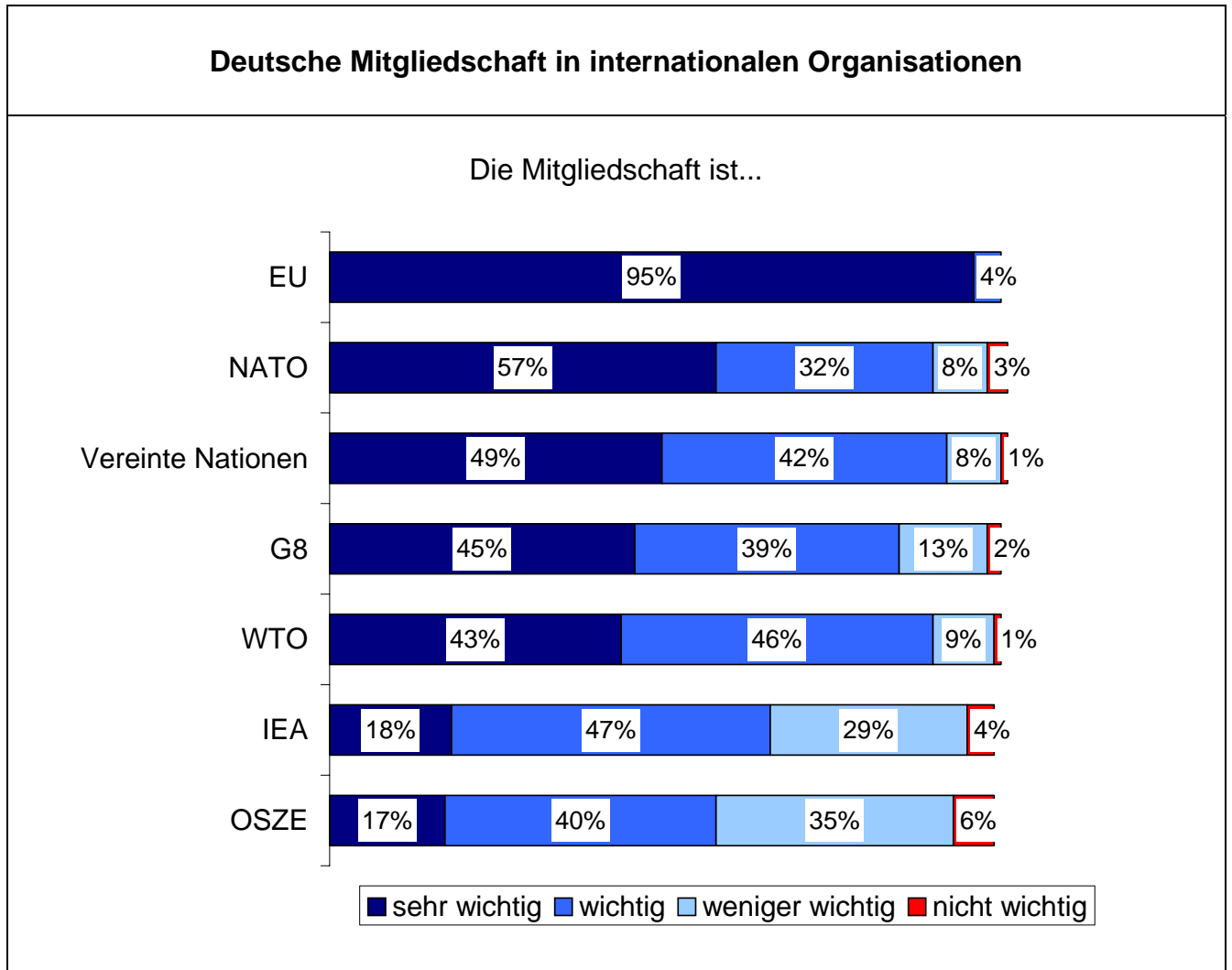


Die deutsche Außenpolitik wird sich nach Einschätzung der Experten in den kommenden Jahren in erster Linie mit drei Themen befassen müssen. Fast alle Befragten halten die Probleme der Energieversorgung, den Klimawandel und die Kontrolle der Finanzmärkte für sehr wichtig oder zumindest für wichtig.



Von zentraler Bedeutung werden darüber hinaus auch der internationale Terrorismus, die demografische Entwicklung und der islamische Fundamentalismus sein. Diese drei Bereiche werden von einem Fünftel bis einem Viertel als besonders relevant und von der Hälfte als wichtig eingestuft.

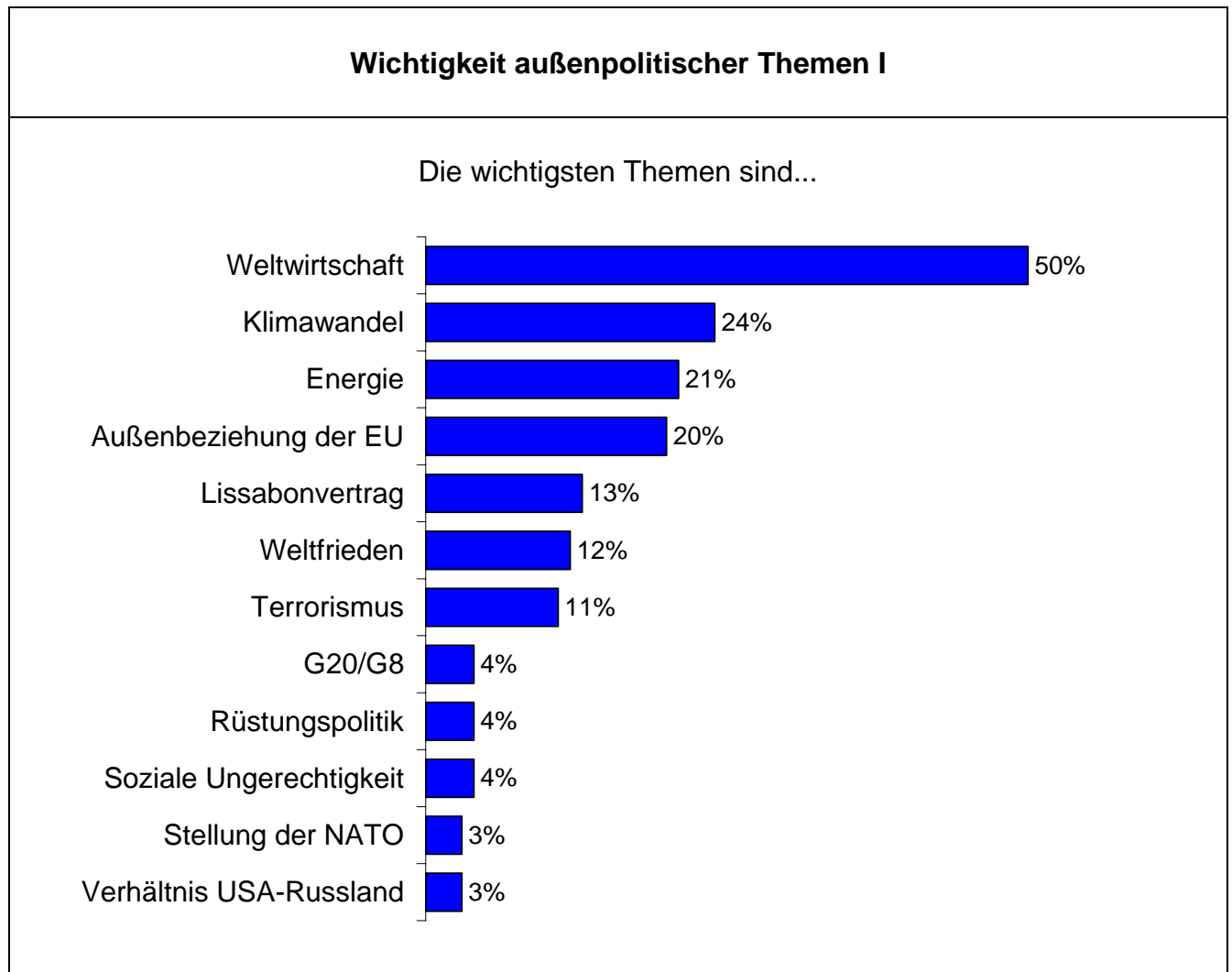
Deutschland ist Mitglied zahlreicher internationaler Organisationen. Die mit weitem Abstand bedeutendste für das Land sehen die Befragten in der Europäischen Union, die nahezu Alle als sehr wichtig einstufen. Von großem Gewicht ist zudem die Mitgliedschaft in der NATO, den Vereinten Nationen, den G8 und der WTO, die von Anteilen um die 90 Prozent als sehr wichtig oder wichtig betrachtet wird.



Von weitaus geringerer Relevanz erscheint die Zugehörigkeit zur IEA und zur OSZE.

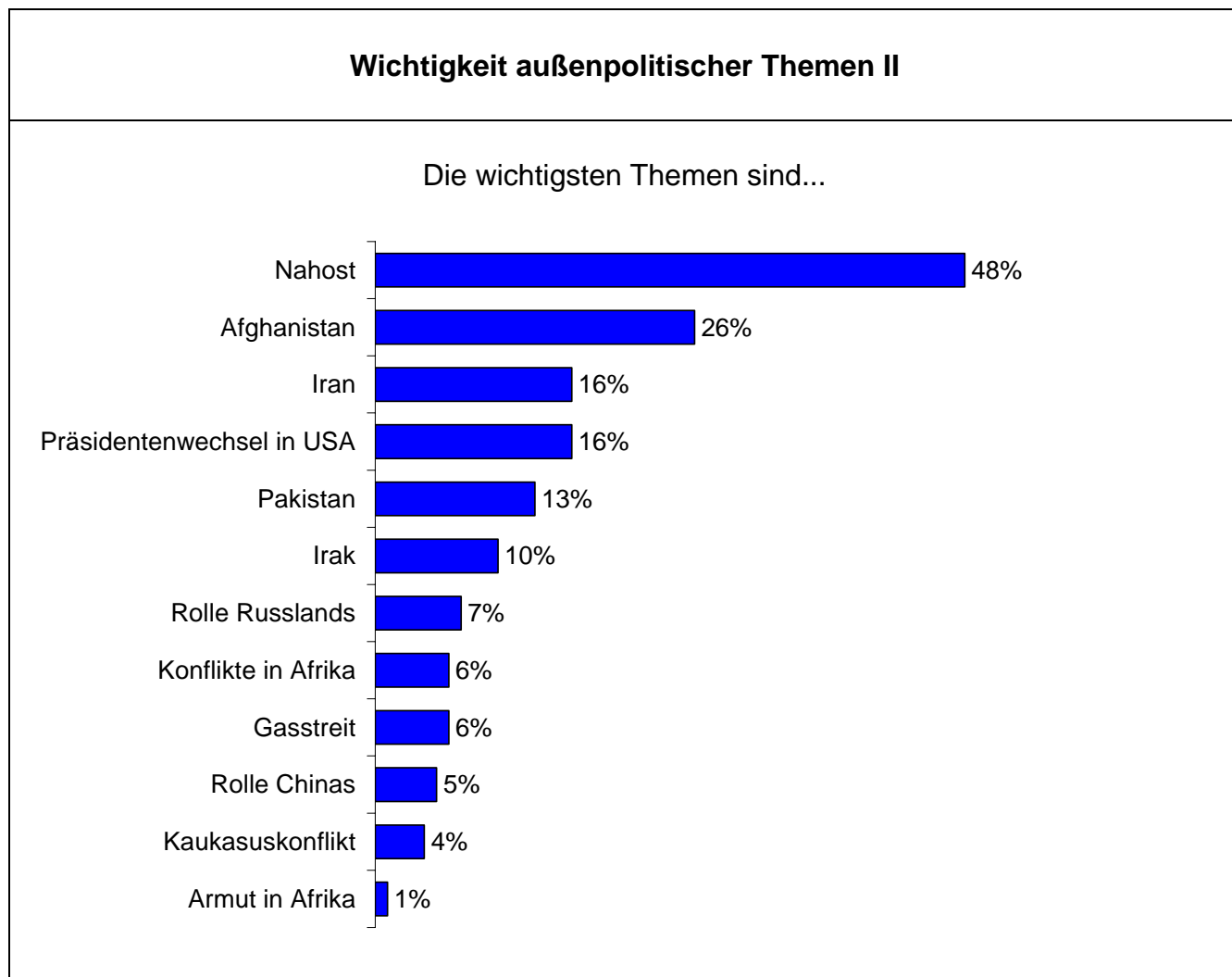
2. Wichtigkeit außenpolitischer Themen

Die außenpolitische Agenda wird nach Ansicht jedes zweiten Experten von den Fragen der Weltwirtschaft beherrscht. Das zweitwichtigste Problem ist der Klimawandel, den jeder Vierte zu den Topthemen rechnet. Für jeweils rund ein Fünftel gehören die Fragen der Energieversorgung und die Außenbeziehungen der EU zu den besonders relevanten Fragen.



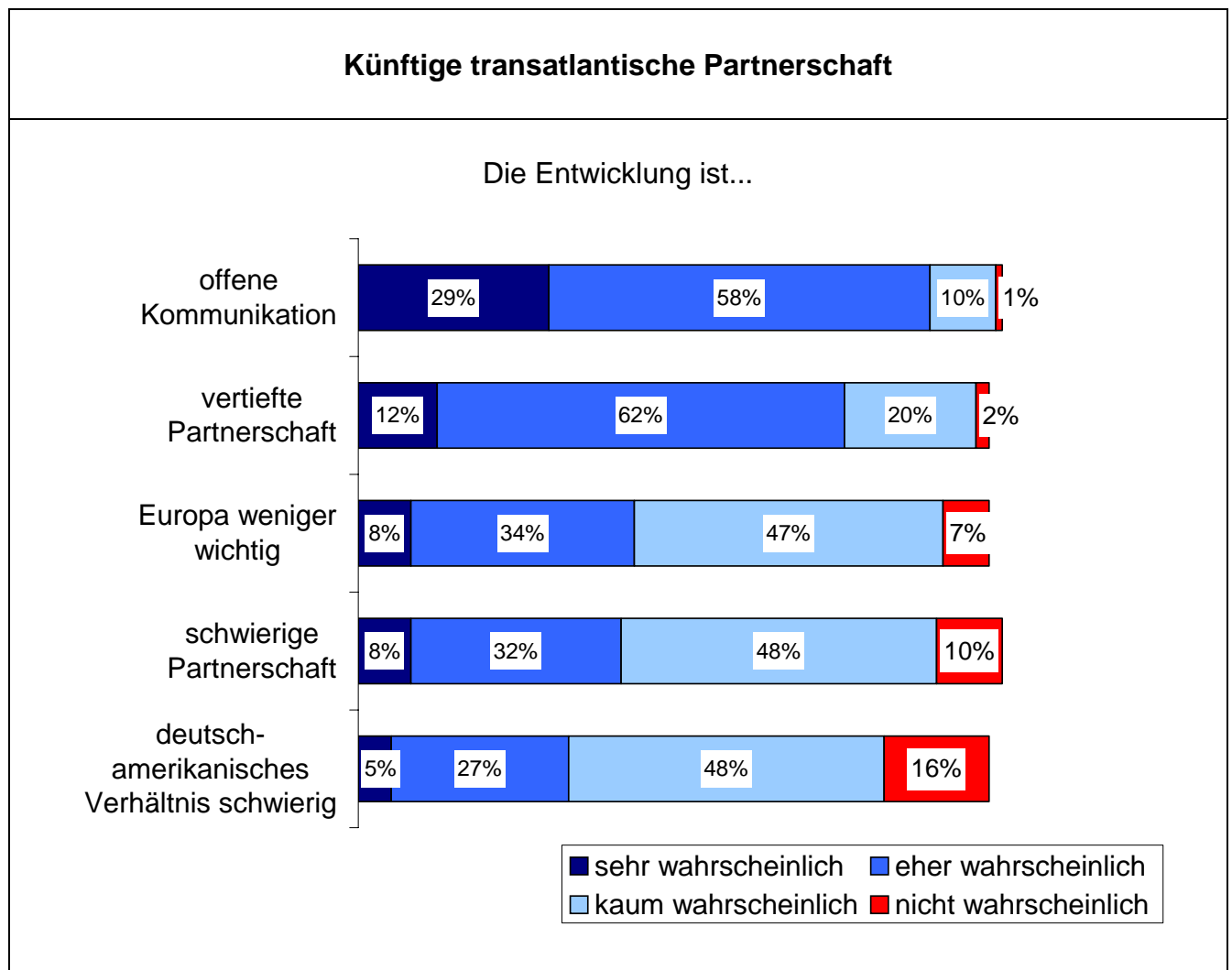
Alle anderen Bereiche erscheinen nur kleineren Gruppen von besonderer Relevanz.

Unter den zahlreichen regionalen Konflikten birgt der Nahe Osten die größte Brisanz. Jeder zweite Befragte zählt dieses Thema zu den besonders wichtigen Problemen. Der Krieg in Afghanistan wird nur von etwa halb so vielen als außerordentlich relevant eingeschätzt. Für jeden sechsten gehören der Iran und der Präsidentenwechsel in den USA auf diese Liste.



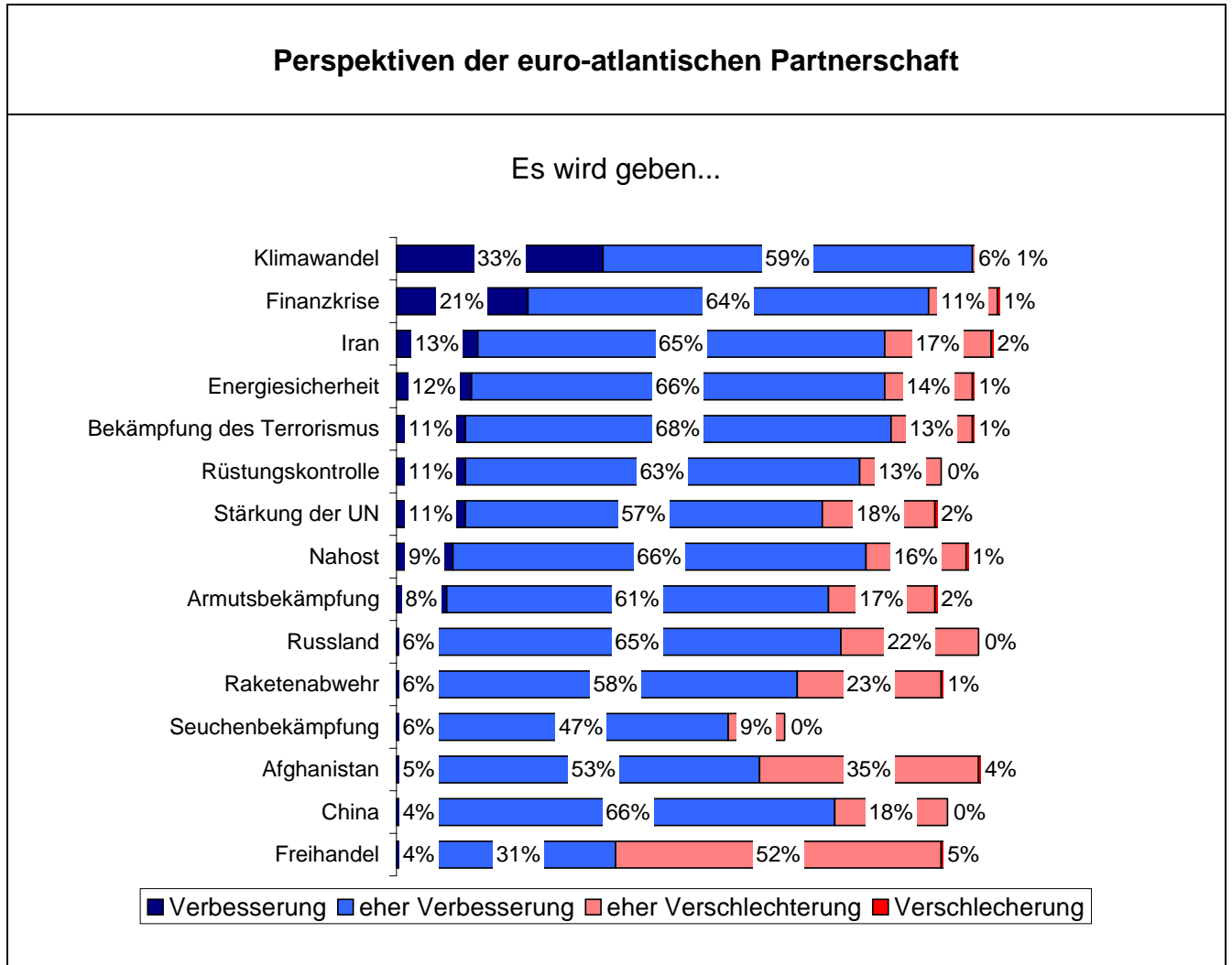
3. Künftige transatlantische Partnerschaft

Deutliche Mehrheiten der Befragten erwarten im amerikanisch-europäischen Verhältnis eine offenere Kommunikation zwischen den Beteiligten und eine vertiefte Partnerschaft. Sie halten eine solche Entwicklung für sehr bzw. eher wahrscheinlich.



Eine geringere Bedeutung Europas für die Vereinigten Staaten und ein schwieriger werdendes Verhältnis zwischen den USA und seinen europäischen Verbündeten, nicht zuletzt auch Deutschland, ist zwar nach Ansicht der meisten Befragten eher nicht zu erwarten, nicht unbedeutende Minderheiten rechnen aber genau mit solchen Entwicklungen.

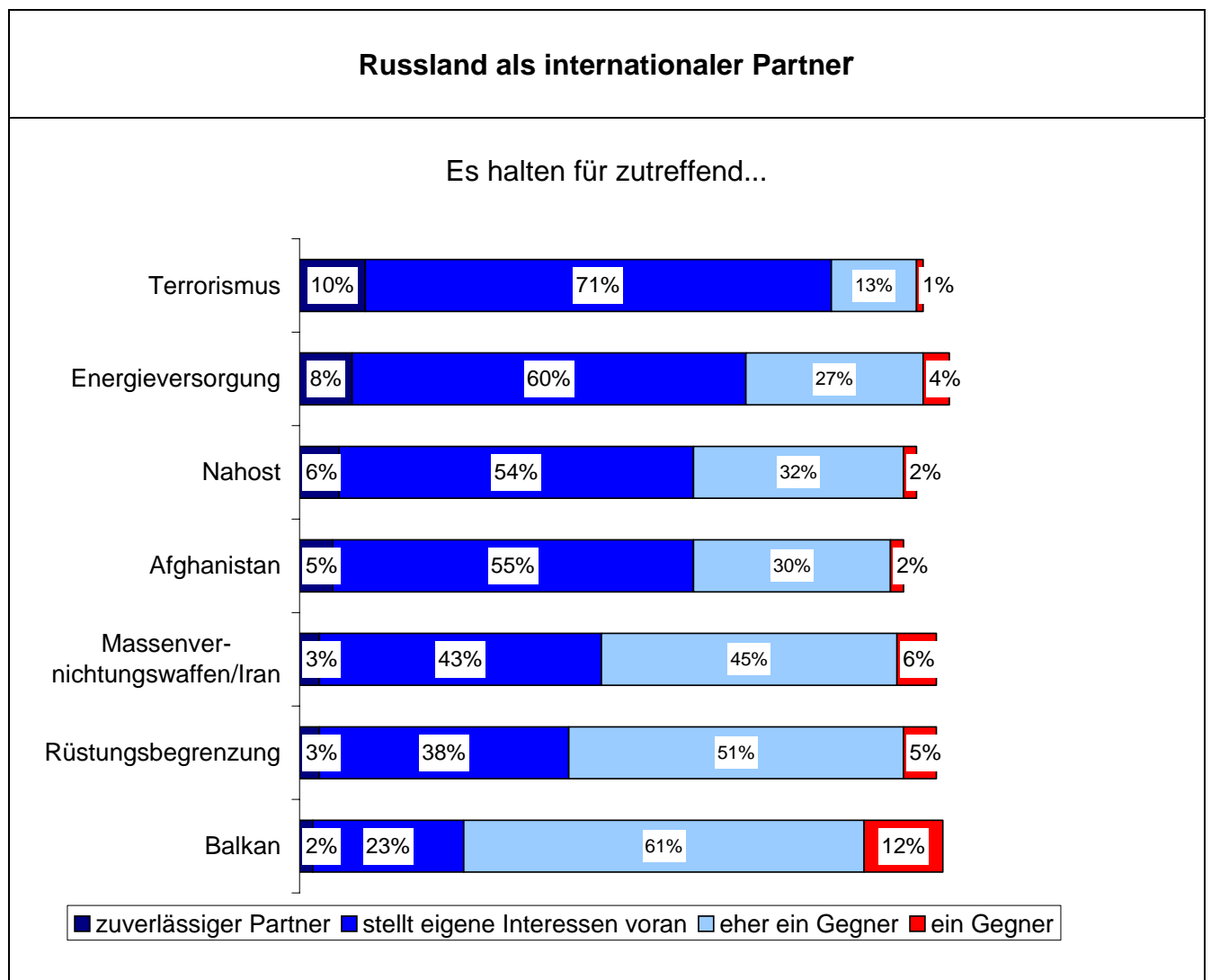
In praktisch allen Bereichen der euro-atlantischen Partnerschaft wird es nach Einschätzung der Befragten alles in allem Verbesserungen geben. Das gilt in erster Linie für die Klimapolitik und die Bewältigung der Finanzkrise.



Nur im Bereich des Freihandels werden keine Fortschritte erwartet. Relativ kritisch wird auch die Afghanistanfrage gesehen, bei der vier Zehntel eher oder sicher mit einer Verschlechterung rechnen.

4. Die globale Rolle von Russland und seiner Außenpolitik

Russland in der Rolle als internationaler Partner stößt bei den befragten Experten in erheblichem Maße auf Vorbehalte. Gleich um welches Thema es geht, äußern nur sehr kleine Gruppen die Ansicht, das Land sei ein zuverlässiger Partner. Im Hinblick auf die Bekämpfung des Terrorismus, der Energieversorgung und der Konfliktlösung im Nahen Osten und in Afghanistan sehen deutliche Mehrheiten in Russland zwar einen Partner, der allerdings eigene Interessen voran stellt.

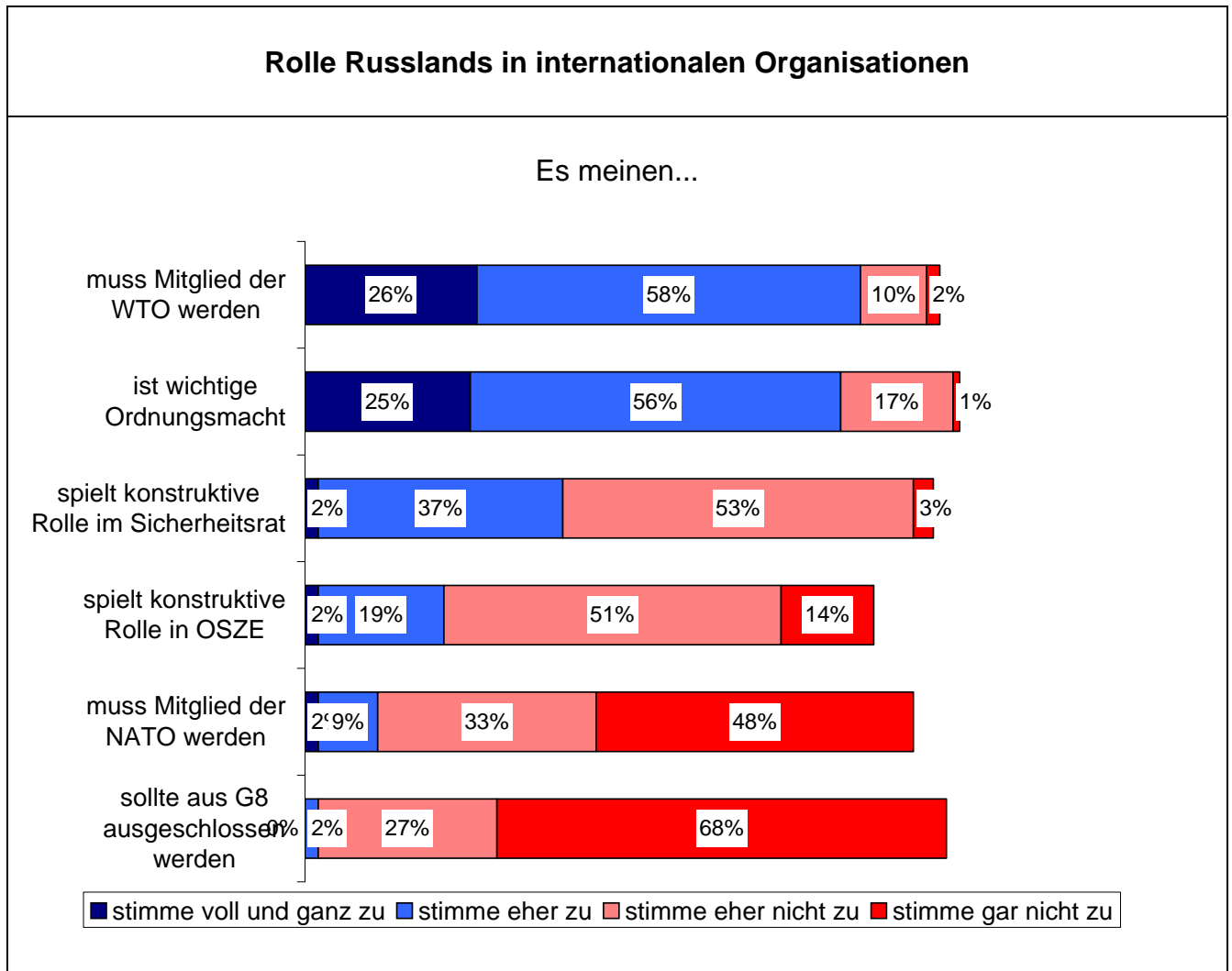


Geteilter Meinung sind die befragten Experten, wenn es um die Kontrolle von Massenvernichtungswaffen, nicht zuletzt im Iran, geht. Jeder Zweite sieht Russland an diesem Punkt als Gegner an, während 46 Prozent der Überzeugung sind, man könne mit Russland zumindest darüber verhandeln.

Deutliche Mehrheiten verneinen die Kooperationsbereitschaft der Russen in Sachen Rüstungsbegrenzung und Konfliktlösung auf dem Balkan.

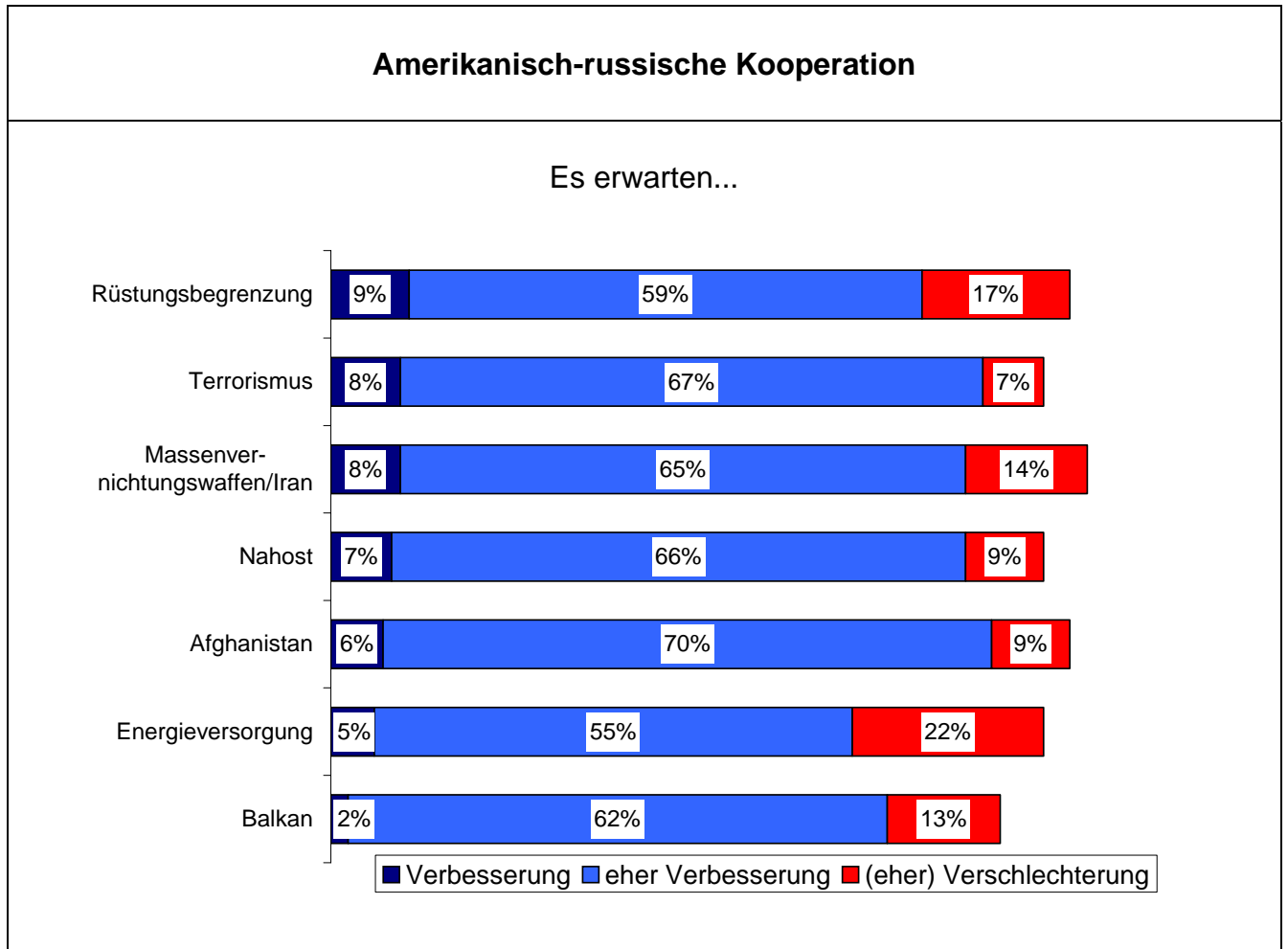
Die weitaus meisten Befragten halten eine Mitgliedschaft Russlands in der Welthandelsorganisation für sehr oder eher wünschenswert. In gleichem Maße bescheinigt man dem Land, eine wichtige Ordnungsmacht zu sein.

Eher skeptisch wird die Rolle gesehen, die Russland im UN-Sicherheitsrat spielt. Lediglich vier Zehntel sehen eine konstruktive Kooperation in diesem Gremium, die Mehrheit verneint dies. Auch die Zusammenarbeit in der OSZE erscheint den meisten Befragten kritikwürdig.

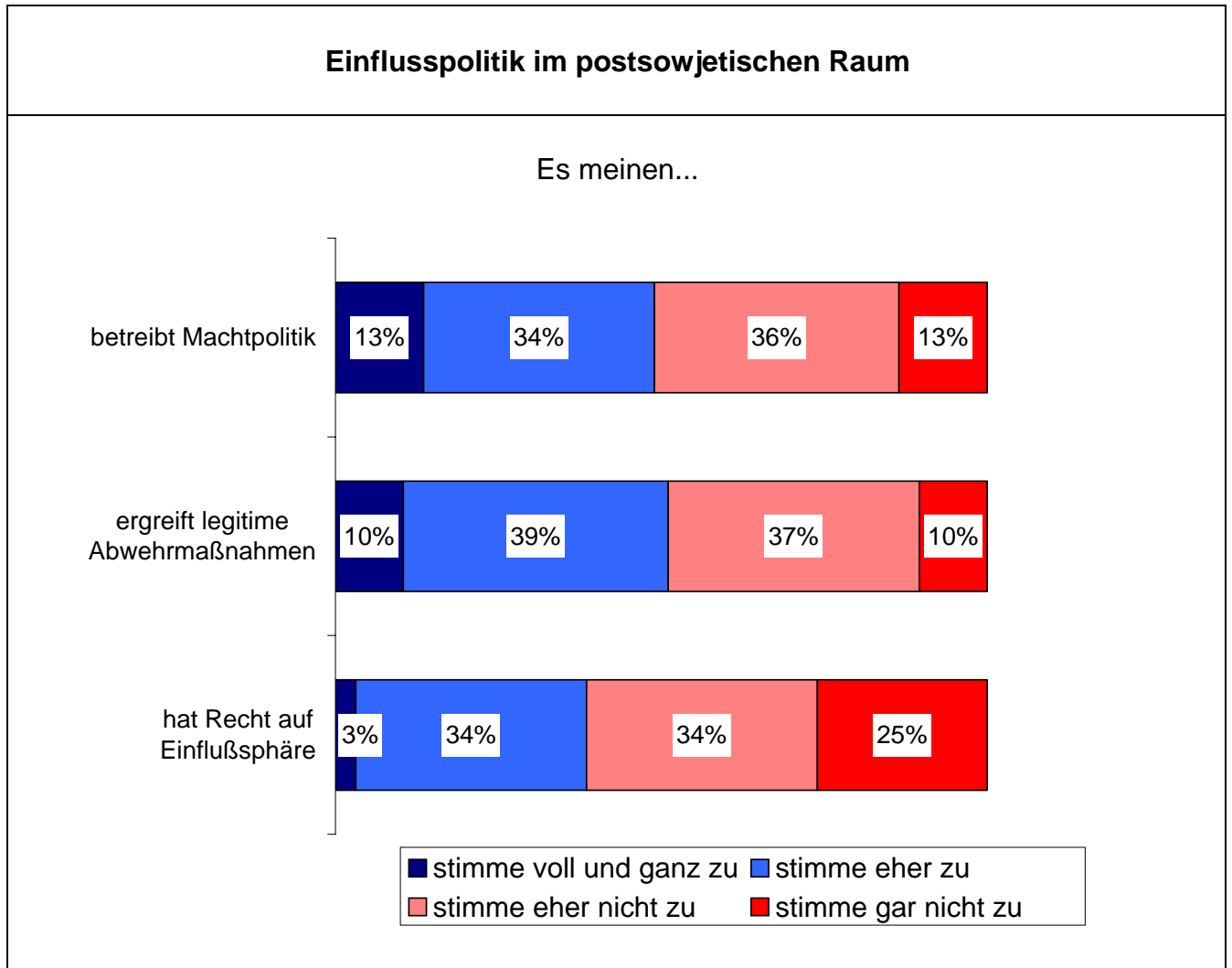


Eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO hält gerade jeder Zehnte für wünschenswert, rund vier Fünftel vertreten hingegen die Ansicht, das Land habe in dem atlantischen Verteidigungsbündnis nichts zu suchen. Auf der anderen Seite plädiert ebenfalls nur eine kleine Zahl für einen Ausschluss aus dem Kreis der G8-Mitglieder.

Der Machtwechsel in den USA wird nach Einschätzung nur weniger Befragter definitiv zu einer Verbesserung der amerikanisch-russischen Beziehungen führen, einerlei um welchen Bereich der internationalen Politik es geht. Auf allen Feldern besteht allerdings zumindest eine realistische Chance für eine effektivere Kooperation zwischen beiden Ländern. Mit einer Verschlechterung der Beziehungen rechnen nur kleinere Teile der befragten Experten. Noch am relativ größten wird die Gefahr bei der Energieversorgung gesehen.



Sehr kontrovers fallen die Meinungen aus, wenn es um die Bewertung der russischen Einflußpolitik im postsowjetischen Raum geht. Eine Hälfte der Befragten vertritt die Ansicht, Russland betreibe schlichtweg Machtpolitik, die andere Hälfte sieht das nicht so. Auch die Einschätzung, ob in den russischen Aktionen lediglich legitime Abwehrmaßnahmen zu sehen seien oder nicht, teilt die Experten in zwei praktisch gleich große Lager.



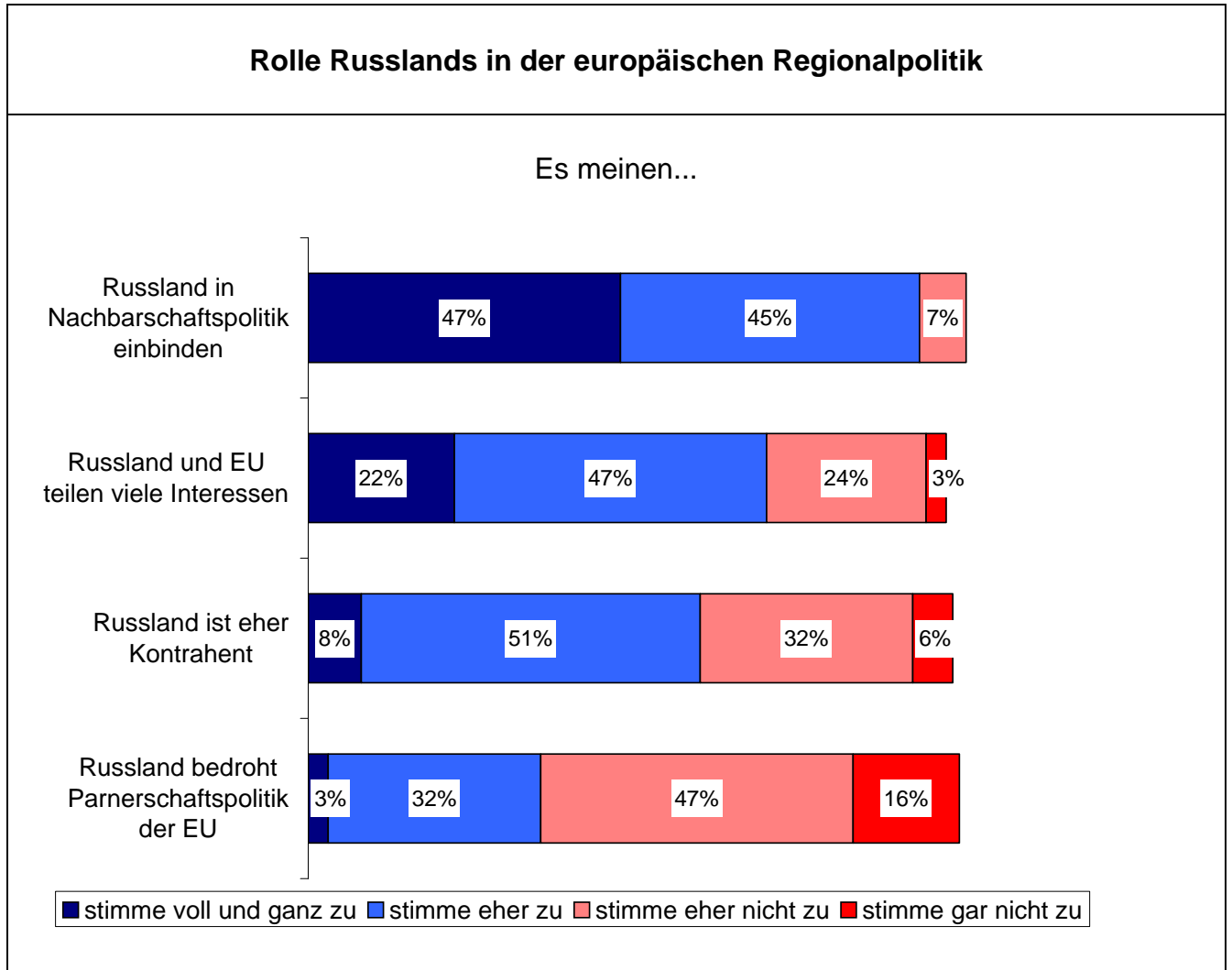
Das Recht auf eine eigene Einflußsphäre wird Russland hingegen nur von einer Minderheit von 37 Prozent zugestanden. Die Mehrzahl von sechs Zehntel lehnt das mehr oder minder entschieden ab.

Das Verhalten der EU gegenüber Russland solle nach Ansicht von neun Zehntel der befragten Experten von dem Versuch geleitet sein, die Partnerschaft als Instrument zur Verflechtung zu nutzen, um so Einfluss auf die russische Politik im postsowjetischen Raum zu nehmen.



Kaum Anhänger finden hingegen die beiden Gegenpositionen, die eine Partnerschaft nur dann bejahen, wenn die Bedrohungspolitik Russlands gegenüber seinen Nachbarn beendet wird oder die es für richtig halten, sich ganz aus der russischen Einflußsphäre heraus zu halten.

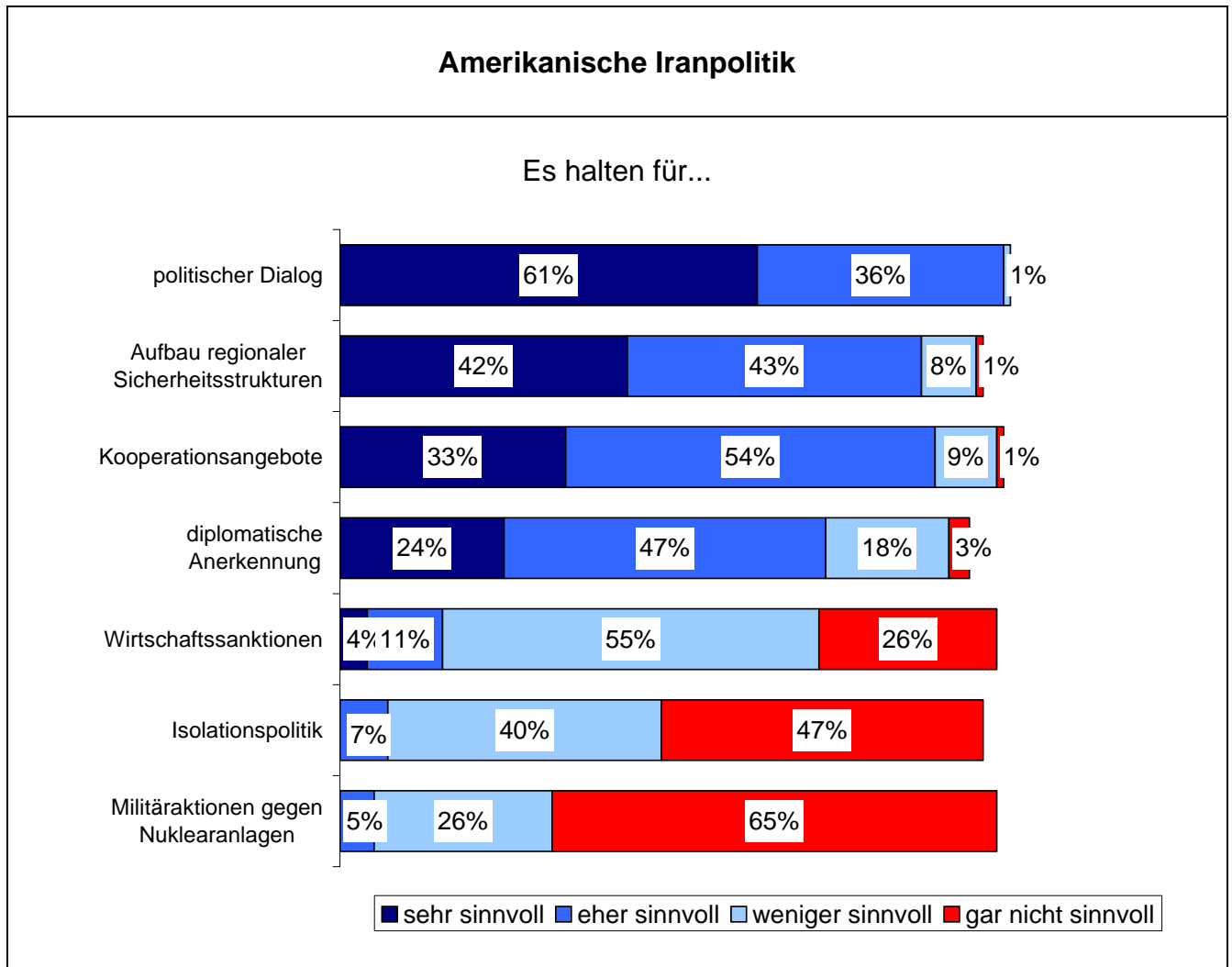
Folgerichtig plädiert die Mehrheit der Befragten dafür, Russland in die europäische Nachbarschaftspolitik einzubinden, die nach Ansicht der Mehrheit durch das Land nicht bedroht ist.



Eine wichtige Grundlage dafür sehen viele Befragte in den gemeinsamen Interessen zwischen Russland und der EU. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass das Land in mancherlei Hinsicht auch als Kontrahent in der europäischen Nachbarschaftspolitik agiert.

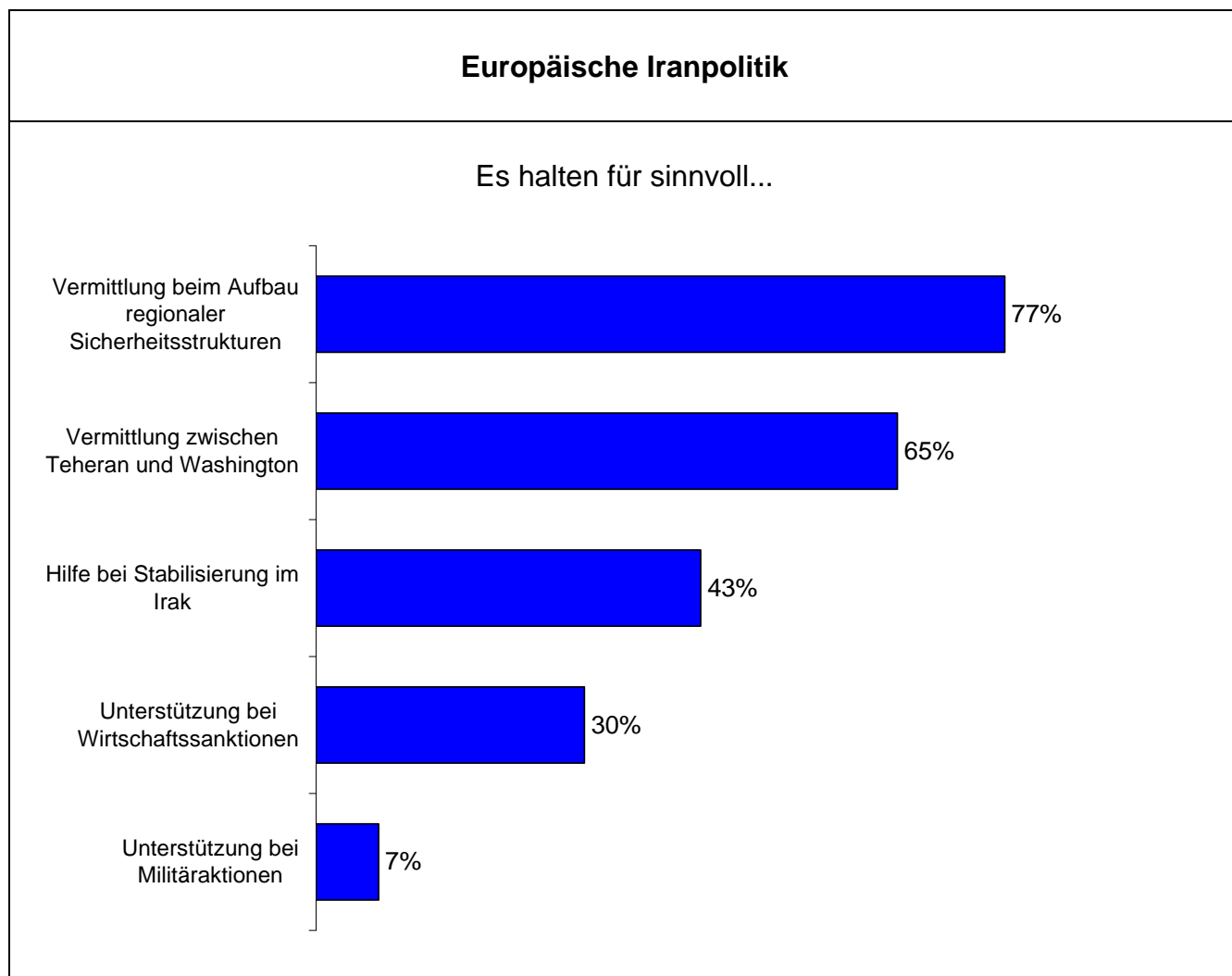
5. Iran

Der seit langem schwelende Konflikt zwischen den USA und dem Iran wegen der Nuklearpolitik kann am ehesten durch politischen Dialog, dem Aufbau regionaler Sicherheitsstrukturen und den Angebot zu einer Kooperation auf wirtschaftlichem und technologischen Gebiet gelöst werden. Fast alle Befragten halten diese Maßnahmen für sehr oder zumindest eher sinnvoll.



Etwas skeptischer steht man der diplomatischen Anerkennung des Regimes in Teheran gegenüber. Als wenig hilfreich werden demgegenüber verschärfte Wirtschaftssanktionen und insbesondere eine Isolationspolitik erachtet. Kaum Zuspruch finden Militäraktionen gegen iranische Nuklearanlagen.

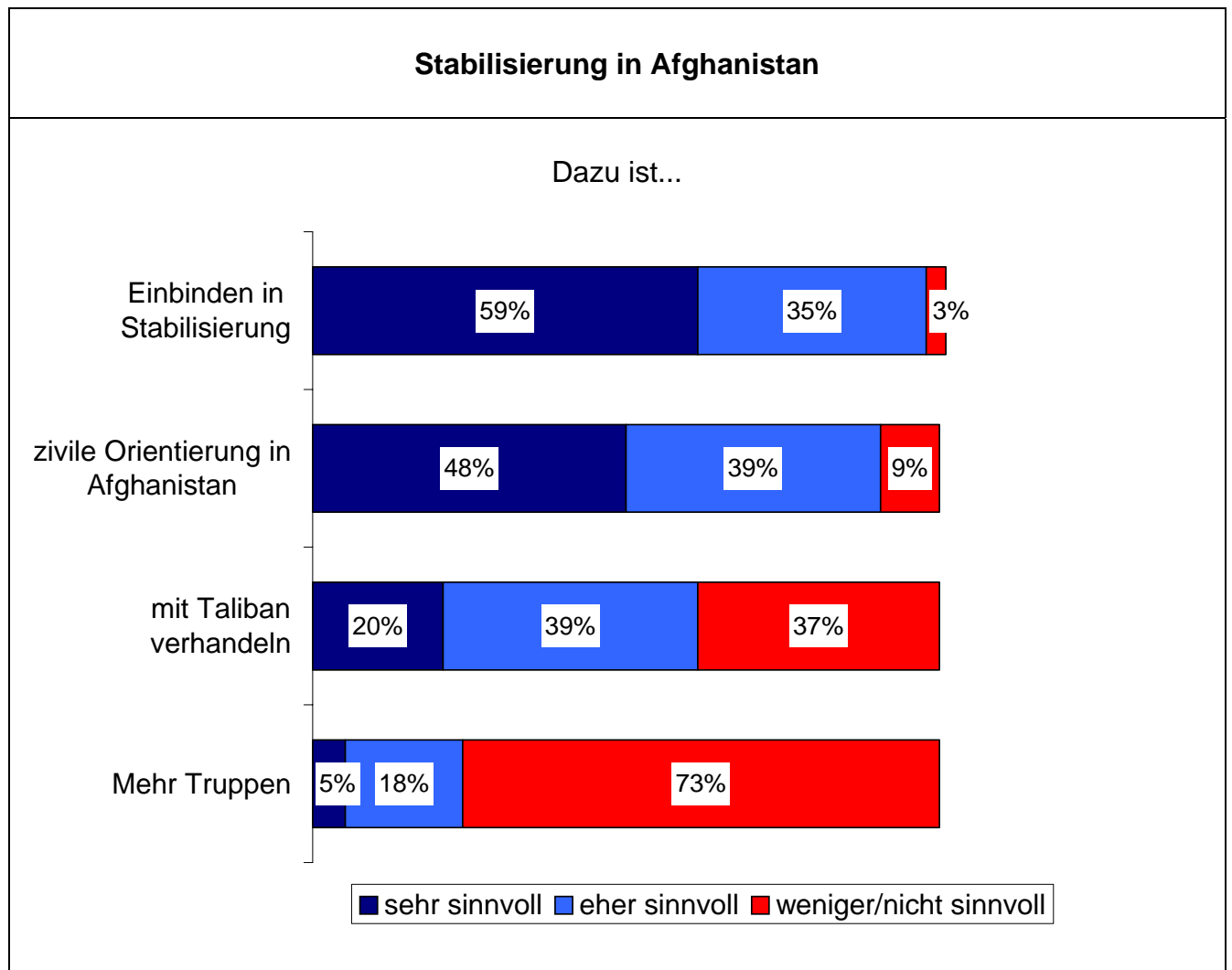
Europa kann nach Meinung der Experten am besten durch eine Vermittlerrolle bei der Lösung des Iranproblems helfen, insbesondere beim Aufbau regionaler Sicherheitsstrukturen, aber auch durch die Herstellung von Kontakten zwischen den beiden Regierungen.



Eine indirekte Unterstützung der USA durch die Hilfe bei der Stabilisierung der Lage im Irak hält knapp die Hälfte für sinnvoll. Wenig Erfolg verspricht man sich von einer Beteiligung an Wirtschaftssanktionen. Die Unterstützung von Militäraktionen halten nur sehr wenige Befragte für ratsam.

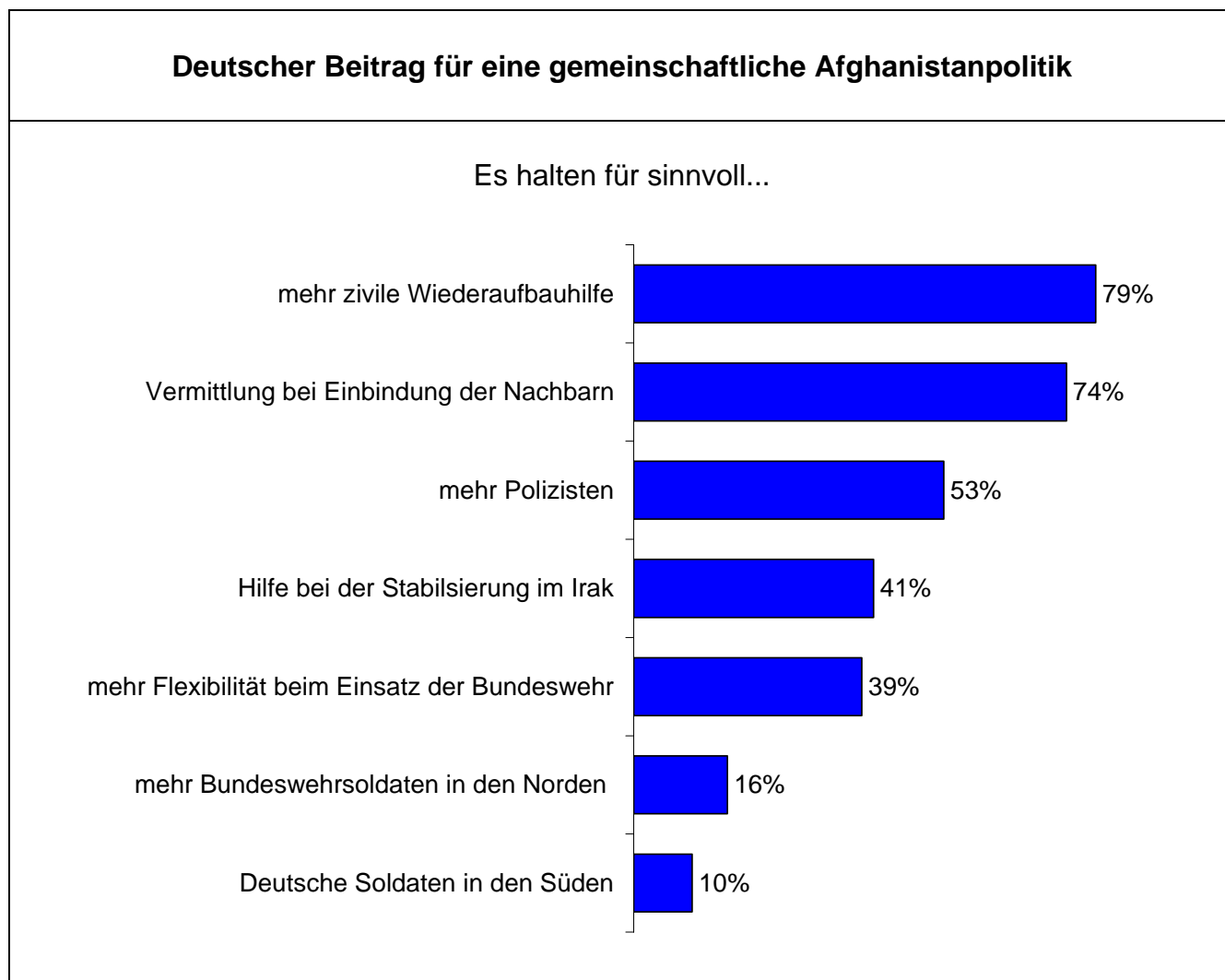
6. Afghanistan

Der zweite große Krisenherd im Mittleren Osten, Afghanistan, wird sich nach Ansicht der großen Mehrheit der Befragten am ehesten dadurch entschärfen lassen, dass regionale Sicherheitsstrukturen geschaffen werden, die die Nachbarländer Afghanistans mit einschließen. Auch eine stärkere zivile Orientierung im Land selbst wird in weiten Teilen als sinnvoll erachtet. Sechs von zehn Experten versprechen sich von Verhandlungen mit den Taliban einen mehr oder minder wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme am Hindukusch.



Eine Entsendung weiterer Truppen wird die Lage in Afghanistan hingegen nach Einschätzung nur Weniger verbessern können.

Der deutsche Beitrag für eine gemeinschaftliche Afghanistanpolitik sollte nach Meinung der weitaus meisten Experten vor allem in einer Verstärkung der zivilen Aufbauhilfe und einer Vermittlung bei der Einbindung der Nachbarn in den Friedensprozeß liegen. Gut die Hälfte plädiert zudem für die Entsendung zusätzlicher Polizeikräfte.



Vier von zehn Befragten halten in diesem Zusammenhang eine Hilfe bei der Stabilisierung der Lage im Irak und einer höheren Flexibilität beim Einsatz der Bundeswehr für sinnvoll. Zusätzliche deutsche Soldaten für den Norden des Landes oder deren Beteiligung an Militäraktionen im Süden kann nach Ansicht nur weniger einen Beitrag zur Lösung des Konflikts leisten.

Über die DGAP

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) fördert seit 1955 die außenpolitische Meinungsbildung in Deutschland. Der unabhängige und gemeinnützige Verein hat das Ziel, das Verständnis für internationale Beziehungen sowie die wissenschaftliche Erforschung dieser Themen zu verbessern. Darüber hinaus lädt die DGAP regelmäßig deutsche und ausländische Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ein, um über Grundfragen und aktuelle Themen der Außenpolitik zu diskutieren. Die DGAP wird unter anderem finanziert vom Auswärtigen Amt, Unternehmen, Stiftungen sowie den Beiträgen ihrer mehr als 2000 Mitglieder. Das Forschungsinstitut der DGAP ist ein Think Tank für Außenpolitik an der Schnittstelle zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Mehr als 20 Wissenschaftler forschen unter anderem zu den Regionen USA, EU, Russland, Mittel- und Osteuropa und China sowie zu den Themen Sicherheits- und Energiepolitik und globale Zukunftsfragen. Darüber hinaus beraten sie Abgeordnete, Ministerien, Unternehmen oder Wirtschaftsverbände und informieren über die Medien die Öffentlichkeit in Deutschland und im Ausland.

Die DGAP gibt außerdem Deutschlands führende außenpolitische Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK (IP) heraus. Fundiert in der Analyse, dabei informativ und verständlich in der Aufbereitung von komplexen Zusammenhängen bietet die IP jeden Monat den Raum, die Hintergründe des politischen Geschehens in der Welt zu beleuchten. Die Bibliothek und Dokumentationsstelle der DGAP ist eine der ältesten und bedeutendsten Spezialbibliotheken zur Außen- und Sicherheitspolitik.

Über die dimap-Gruppe

Den Ursprung der dimap-Gruppe bildet das 1995 in Bonn gegründete „Institut für Markt- und Politikforschung“ (dimap), das heute zu den führenden Meinungsforschungsinstituten in Deutschland gehört (s. www.dimap.de). Seit 1996 ist Infratest dimap, die Tochterfirma von TNS Infratest (München) und dimap (Bonn) mit Sitz in Berlin, mit der exklusiven Wahlberichterstattung der ARD auf Landes-, Bundes- und Europaebene beauftragt.

Im Jahre 2000 wurde die auf Politikberatung spezialisierte Agentur „dimap consult“ (www.dimap-consult.de), 2002 die auf Unternehmens- und Verbandsberatung ausgerichtete Beratungsgesellschaft „dimap communications“ (www.dimap-communications.de) gegründet. Heute zählen mittelständische Firmen ebenso wie internationale, börsennotierte Unternehmen, Verbände und politische Institutionen auf Landes- und Bundesebene zu den Mandanten der dimap-Gruppe. Ende 2005 wurde das „Centrum für politische Studien (cps)“ in Berlin. Seit März 2006 ist die dimap-Gruppe Kooperationspartner des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), dem größten Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland, das sowohl Grundlagenforschung als auch wirtschaftspolitische Beratung betreibt.

Die dimap-Gruppe mit ihren knapp 50 Mitarbeitern, Beratern und Partnern ist mit Büros in Berlin, Bonn, Hamburg und München im gesamten Bundesgebiet vertreten.

Ihre Ansprechpartner

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.



Prof. Dr. Eberhard
Sandschneider
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin

Tel.: +49 (0)30 - 25 42 31 27
Fax: +49 (0)30 - 25 42 31 16
sandschneider@dgap.org

<http://www.dgap.org>

dimap communications GmbH



Ralf Welt, M. A.
Märkisches Ufer 10, 10179
Berlin

Tel.: +49 (0)30 - 59 000 110
Fax: +49 (0)30 - 59 000 120
r.welt@
dimap-communications.de

<http://www.dimap-communications.de>

Kontakt für Journalisten

Annette Kaiser
Tel.: +49 (0)30 - 25 42 31 32
a.kaiser@dgap.org

Daniel Florian
Tel.: +49 (0)30 - 59 000 116
d.florian@dimap-communications.de

Impressum

Die Elitestudie „Trends der deutschen Außenpolitik“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der dimap-Gruppe.

Die Studie oder Teile davon dürfen nur unter Nennung der Projektpartner weiterverwendet oder verbreitet werden.

Redaktion dimap communications

Ralf Welt, Daniel Florian

dimap communications GmbH
Ermelerhaus
Märkisches Ufer 10, 10179 Berlin

Tel.: +49 (0)30 - 59 000 110
Fax: +49 (0)30 - 59 000 120
info@dimap-communications.de

<http://www.dimap-communications.de>

Projektverantwortlicher bei der DGAP

Dr. Henning Riecke
riecke@dgap.org

Titelbild

© Jörg Vollmer - Fotolia.com

